

EU-Gelder

Corona-Recovery finanziert Klimaschutz

Zirka 1 bis 1,5 Milliarden Euro werden letztlich für Österreich aus dem Wiederaufbauprogramm „NextGenerationEU“ für Klimaschutz herausgeschauen. Jedenfalls müssen es mindestens 37 Prozent der Gesamtsumme sein.

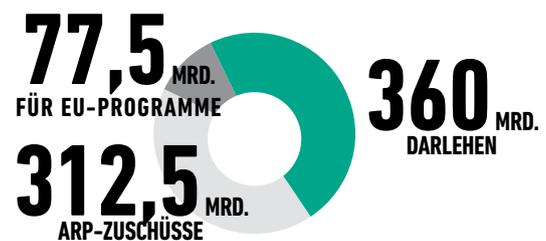
Auf Basis eines Beschlusses des Europäischen Rats vom Sommer 2020 hat die EU ein beispielloses Wiederaufbauprogramm für die hoffentlich baldige Zeit nach der Corona-Pandemie gestartet. Die Mitgliedstaaten mussten über den Winter Programme ausarbeiten, diese werden jetzt von der EU-Kommission abgesegnet, danach auch noch vom Rat der FinanzministerInnen. Österreich hat sein Programm zur Fälligkeit Ende April 2021 eingereicht und im Juni – persönlich überbracht von EK-Präsidentin von der Leyen – das grundsätzliche OK der EU-Kommission für den ARP, den Aufbau- und Resilienzplan Österreichs im Rahmen der EU-Fazilität RRF, Recovery and Resilience Facility, erhalten.

750 Milliarden Euro für ganz Europa – 312,5 für den ARP

Für die gesamte EU sollen dafür bis zu 750 Milliarden Euro auf den Kapitalmärkten aufgenommen werden. 42 Prozent des Pakets – 312,5 Milliarden Euro – sollen direkt als Zuschüsse an die Mitgliedstaaten verteilt werden, um genau diese 312,5 Milliarden Euro geht es beim ARP (weitere 77,5 Milliarden fließen zusätzlich in diverse andere EU-Programme: Just Transition Fund, Ländliche Entwicklung, Horizon, RescEU, InvestEU und ReactEU; weitere 360 Milliarden werden als Darlehen vergeben). Diese Aufteilung der Finanzmittel wurde in der am 14. Dezember 2020 vom Rat angenommenen Verordnung zur Schaffung eines Aufbauinstruments der Europäischen Union (EURI – European Recovery Instrument – [Link](#) zur Verordnung) geregelt. Die EU-Kommission kann dafür Mittel auf den Kapitalmärkten aufnehmen, 20 Milliarden Euro hat sie bereits Mitte Juni aufgenommen, weitere 15 Milliarden Ende Juni.



Aufteilung der 750 Mrd. Euro für den Wiederaufbau



Komplizierte Zahlenspiele für Österreichs mögliche Endsumme

Österreich hat mit Ende April Projekte in der Höhe von rund 4,5 Milliarden Euro eingereicht und für das Programm den Segen von der EU-Kommission bekommen. Davon könnten gemäß Vorgaben und Abschätzungen – mit etwas Spiel nach oben und unten – letztlich rund 3,5 Milliarden Euro auch tatsächlich nach Österreich fließen, 800 Millionen Euro wurden bereits an Österreich ausgezahlt. Mit weit über 40 Prozent der österreichischen Einreichungen (laut EU-Kommission sind es sogar weit über 50 Prozent) – ausgehend von den 4,5 Milliarden eingereichten Euro – können rund 2 Milliarden Euro Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen zugerechnet werden. Damit wird die Anforderung, mindestens 37 Prozent dem Thema Umwelt und Klima zu widmen, erfüllt. Kürzt man die 4,5 eingereichten Milliarden Euro auf die ca. 3,5 Milliarden an wahrscheinlichen Zuschüssen herunter, kommen theoretisch rund 1,5 Milliarden Euro für Umwelt und Klima heraus. Jetzt kommt es noch darauf an, wie das federführende Finanzministerium das handhaben wird. Theoretisch möglich wäre es, alle ARP-Budgetposten und Projekte aliquot zu kürzen oder einzelne Projekte als Ganzes zu



Foto: European Union, 2021

EK-Präsidentin Ursula von der Leyen und BK Sebastian Kurz in Wien am 21.6.2021

streichen. Noch besser wäre es aber, die Differenz zum Maximum aus dem Bundesbudget zu decken. Der Zeitraum der Mittelverwendung fokussiert auf 2021 bis 2023, bis längstens 2026 sind die Mittel aufzubringen.

WKÖ zur Aufteilung der eingereichten 4,5 Milliarden

Inhaltlich sind insgesamt folgende WKÖ-Vorschläge in den Aufbau- und Resilienzplan der Bundesregierung übernommen worden:

- Breitbandausbau
- KMU-Digital
- und digitale Investitionen in Unternehmen (als Teil der Digitalisierungsstrategie)
- Wasserstofftechnologieforschung
- IPCEI Mikroelektronik und Konnektivität (als Teil der FTI-Strategie)
- Reparaturbonus
- Transformation der Industrie (insb. Automobilindustrie)
- Nachhaltige Mobilität fördern (Förderung emissionsfreier Busse und Infrastruktur; Förderung emissionsfreier Nutzfahrzeuge und Infrastruktur)
- Kreislaufwirtschaft für Sortieranlagen
- Teile der Innovationstrategie/Technologieoffensive sowie der Digitalisierungsstrategie.

WKÖ zu den 2 eingereichten Umwelt-Klima-Milliarden

In etwa die Hälfte dieser 2 Milliarden sind von der WKÖ eher positiv zu beurteilen:

- **Mobilität:** rund 300 Millionen Euro für die Förderung emissionsfreier Busse & Infrastruktur sowie für emissionsfreie Nutzfahrzeuge und Infrastruktur

- **Kreislaufwirtschaft:** 60 Millionen Euro für die Errichtung und Nachrüstung von Sortieranlagen sowie 130 Millionen Euro für die Förderung und Reparatur von elektrischen und elektronischen Geräten
- **Industrie-Transformation zur Klimaneutralität:** 100 Millionen Euro (zu wenig, notwendig wären mindestens 300 Millionen Euro); immerhin 50 (statt der mindestens 200 notwendigen) Millionen Euro gibt es für die Transformation der Automobilindustrie (E-Antriebe).
- **Wasserstoff:** Für die sogenannten IPCEIs, Important Projects of Common European Interest, wurden für das IPCEI Wasserstoff immerhin 125 Millionen Euro vorgesehen.

Kritisch zu sehen ist:

- Insgesamt zu wenig für Industrie
- Aus Sicht der WKÖ wären mindestens 320 Millionen Euro für die Dekarbonisierung der Industrie notwendig, es fehlen also mindestens 220 Millionen (100 Millionen werden vom BMF vorgesehen)
- 300 Millionen Euro für Stromnetz-Stabilisierung gemäß EU-Vorgaben sind leider nicht berücksichtigt worden
- Im Kapitel Biodiversität und Kreislaufwirtschaft wird als Zielsetzung die Einführung eines von uns kritisierten Einwegpfandes angeführt. 110 Millionen Euro sind dafür vorgesehen. Der Einwegpfand-Teil ist durch den aktuellen AWG-Entwurf zu hinterfragen. Der Mehrweg-Teil dieses Budgetpostens (Pilotprojekte für Mehrweg-Abfüllanlagen) könnte jedoch sinnvoll sein. ●

Weitere Infos:

- Österreichs ARP ([Link](#))
- EU-Kommission zu Österreichs ARP ([Link](#))



[Mag. Micaela Kleedorfer \(WKÖ\)](#)

micaela.kleedorfer@wko.at



[Mag. Axel Steinsberg MSc \(WKÖ\)](#)

axel.steinsberg@wko.at